

„Ordnungsvorstellungen in der praktischen Politik: Verklärte Relikte oder Stützen in Zeiten zunehmender Komplexität?“

A. Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die Einladung, über die ich mich sehr gefreut habe.

Wie soeben gehört bin ich Jurist, seit nunmehr sieben Jahren Mitglied der SPD und Sprecher des Kreises Liberaler Sozialdemokraten, den ich mit einigen Mitstreitern im Jahr 2010 gegründet habe.

Weder Juristen noch SPD-Mitglieder sind gemeinhin bekannt fürs Philosophieren und ich bitte sie daher, mir zu verzeihen, wenn ich im Rahmen meines Vortrages aufgrund dieser Vorprägung nicht allzu sehr ins Philosophische gehen werde, was aber auch nicht ganz verkehrt ist, da man aus guten Gründen davon ausgehen kann, dass ihre Kenntnisse sowohl im Bereich der Philosophie als auch in den Politikwissenschaften die meinen weit übersteigen.

Wie sie dem Titel meines Vortrages entnehmen können, habe ich daher einen eher praktischen Ausgangspunkt gewählt und werde mich zunächst mit der Frage befassen, wie es mit politischen Ordnungsvorstellungen in der praktischen Parteipolitik aussieht.

Davon ausgehend möchte ich erläutern, weshalb politische Ordnungsvorstellungen aus meiner Sicht in Zeiten scheinbarer Rationalität und Alternativlosigkeit überhaupt von Nöten sind und wie sie sich mit praktischer Politik vereinen lassen.

In einem zweiten Teil, werde ich schließlich etwas konkreter darauf eingehen, was ich persönlich unter dem Stichwort sozialliberal verstehe und weshalb mich gerade diese und nicht eine andere politische Identität überzeugt.

Weitere Informationen zum Kreis Liberaler
Sozialdemokraten finden Sie auf unserer Homepage www.liberale-sozialdemokraten.de

Für Rückfragen stehen Ihnen Frédéric Schneider unter schneider@liberale-sozialdemokraten.de und Danial Ilkhanipour unter ilkhanipour@liberale-sozialdemokraten.de jederzeit zur Verfügung

B. Ordnungsvorstellungen in der praktischen Politik

Verstehen wir unter politischen Ordnungsvorstellungen Gesamtkonzepte, die sowohl das gesellschaftliche Zusammenleben sowie die Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft behandeln und aus denen sich vor diesem Hintergrund konkrete politische Forderungen formulieren lassen, unterscheiden wir klassisch zwischen dem Konservatismus, dem Liberalismus und dem Sozialismus. Spannend, aber nicht Gegenstand meiner heutigen Ausführungen ist zudem, ob sich mit der grünen Politik derzeit schrittweise ein neues politisches Paradigma etabliert.

1. Ordnungsvorstellungen in der parteilichen Außendarstellung

Wie aber stehen diese Ordnungsvorstellungen im Verhältnis zur Selbstdarstellung unserer Parteien; immerhin den maßgeblichen Akteuren unserer politischen Landschaft?

Kurz nachdem ich im letzten Jahr zugesagt hatte, hier zu sprechen, fiel mir diese Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in die Hand. Hier findet sich auf der zweiten Seite ein langes Interview mit Erika Steinbach, in dem sie unter anderem erklärt, die CDU sei christlich-sozial, liberal und konservativ. Etwas weiter, auf Seite sechs, gibt es einen Bericht, der Cem Özdemir wiedergibt, mit dem Hinweis, die Grünen seien auch konservativ, aber eben wertkonservativ, doch genauso links und liberal.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass wir in der Selbstdarstellung der Parteien heute weitestgehend keine betonte Abgrenzung mit Hilfe politischer Ordnungsvorstellungen vorfinden. Woran mag das liegen?

Zunächst wohl an dem Drang, allen gefallen und nirgends anecken zu wollen. Ein Drang, der gerade in Parteien, die unter dem Damoklesschwert der nächsten Wahl stehen, besonders ausgeprägt sein dürfte.

Hinzu kommt der Umstand, dass die genutzten Bezeichnungen für sich genommen ziemlich nichtssagend sind und alle etwas durchaus Erstrebenswertes verheißen. Wer will denn nicht sozial oder liberal sein, wer stimmt schon für Ungerechtigkeit, Ungleichheit und gegen Freiheit?

Doch auch, wer etwas tiefer in der Materie steckt, kann die Begrifflichkeiten ohne weitere Präzisierung nur schwer mit Leben füllen. Steckt hinter der propagierten sozialen Gerechtigkeit die Idee eines demokratischen Sozialismus, der Sozialdemokratie, des Neoliberalismus neuer oder alter Prägung, eines Struktur- oder Wertkonservatismus? Eine durchdeklinierte „reine Lehre“ proklamiert jedenfalls keine Partei. Weiterhin stellt sich die Frage, ob sich die Selbstbezeichnungen angesichts

zunehmender tatsächlicher Komplexität nur auf ein bestimmtes politisches Feld beziehen oder Grundüberzeugungen kennzeichnen sollen?

Wir bewegen uns mithin in einem Bereich, in dem sowohl die begriffliche, die dahinterstehende theoretische, als auch die tatsächliche Ebene, auf welche die Begrifflichkeiten angewandt werden sollen, unüberschaubar komplex sind, weshalb – jedenfalls in der Außendarstellung der Parteien – eine Reduktion dieser Komplexität unter Hinnahme damit einhergehender Inhaltsleere stattfindet.

Der Philosoph Peter Sloterdijk geht vor diesem Hintergrund gar so weit, zu behaupten, dass die Übereinstimmung der deutschen Parteien in den grundsätzlichen Fragen dazu führt, dass „das deutsche Parteiensystem den Wählern die Auswahl zwischen vier Spielarten von Sozialdemokratie“ anbietet. Und auch innerhalb der Parteien finden sich prominente Mitglieder, bei der SPD etwa Frank-Walter Steinmeier – bezeichnenderweise übrigens Jurist –, die darauf hinweisen, dass es vor dem Hintergrund praktischer Probleme unangebracht sei, sich in dogmatischen Streitigkeiten zu verlieren.

Unabhängig davon, ob man sich dem anschließen will, lässt sich eines indes bereits an dieser Stelle festhalten: die selbstgewählten Bezeichnungen der politischen Parteien und Strömungen bieten keinen ernstzunehmenden Anhaltspunkt für die Ermittlung dahinterstehender politischer Ordnungsvorstellungen.

2. Ordnungsvorstellungen innerhalb der Parteien

Dies bringt mich zum nächsten Punkt:

Wie sieht es denn nun innerhalb der Parteien mit politischen Ordnungsvorstellungen aus?

Ich möchte mich dieser Frage nähern, indem ich versuche zu ergründen, wann und in welchem Umfang man in seinem Parteileben mit politischen Ordnungsvorstellungen konfrontiert wird.

Idealerweise dürfte dies zunächst beim Eintritt in eine Partei der Fall sein. Wer diesen Schritt wagt – wird man meinen – hat sich zumindest mit dem Hintergrund seiner neuen Partei auseinandergesetzt. Indes lehren meine Jahre in der SPD, dass es eine Vielzahl von Menschen gibt, die aus ganz anderen Gründen eintreten: teils aufgrund konkreter Sachfragen, teils aus Sympathie für Personen, teils aufgrund von Grillfesten.

Mit dem Eintritt hat sich das Parteileben dann für die meisten Mitglieder sogleich auch wieder erledigt. Als sogenannte Karteileichen sind sie zwar Teil des Wettkampfs um den Titel „größte

deutsche Partei“, werden indes niemals gezwungen sich näher mit den Überzeugungen ihrer Partei auseinanderzusetzen. Es wäre mithin falsch, davon auszugehen, dass alle, die sich einmal entschlossen haben, in eine Partei einzutreten, eine klare politische Ordnungsvorstellung verträten.

Eine weitere Nagelprobe für die Ausarbeitung und Reflektion politischer Ordnungsvorstellungen müsste sodann die Entstehung von Partei- oder Regierungsprogrammen sein. Konkret ist es allerdings so, dass Regierungs- und Parteiprogramme in allen Parteien von einigen Wenigen geschrieben und von den anderen – manchmal mit etwas Gezeter – angenommen werden. Die Inhalte werden innerhalb der Parteien zumeist nicht von unten nach oben transportiert, sondern oben erdacht und anschließend weitgehend übernommen. Impulse, die doch von unten kommen und gelegentlich sogar durchdringen, werden im Regelfall auch nur von einigen wenigen, nie von einer breiten Parteibasis erarbeitet. Auch in diesem Rahmen findet mithin keine Auseinandersetzung mit politischen Ordnungsvorstellungen statt, die zudem teils beliebig verwandt werden. Bei uns finden sich im Programm etwa stets fein säuberlich Passagen zur sozialen Marktwirtschaft **und** zum demokratischen Sozialismus und während wir 2007 noch Partei der solidarischen Mitte waren, sind wir nach aktuellem Parteiprogramm wieder linke Volkspartei.

Das letzte innerparteiliche Geschehen, das Grundlage für die Ausbildung politischer Ordnungsvorstellungen sein könnte, ist der Umstand, dass wir uns auf allen Ebenen der Partei selbstverständlich auch außerhalb der Programmbildung stets mit konkreten Sachfragen befassen.

Dieses ist meiner Ansicht nach übrigens die wahre Existenzberechtigung politischer Parteien in unserer modernen Gesellschaft. Nur sie garantieren, dass auf **allen** Ebenen gesellschaftlichen Lebens und in **allen** Fragen demokratisch legitimierte Entscheidungen fallen. Einen derart umfassenden Ansatz kann keine Volksinitiative, keine Form direkter Bürgerbeteiligung ersetzen.

Die Auseinandersetzung mit Sachfragen böte nun eigentlich die beste Grundlage, um sich eines politischen Hintergrunds bewusst zu werden. Tatsächlich aber geht die Entscheidungsfindung innerhalb der Parteien zumeist ganz anders von Statten. Auch hier findet eine Art Reduktion von Komplexität unter Inkaufnahme von Inhaltsleere statt. Innerhalb der SPD erfolgt diese Reduktion etwa mit Hilfe einer Einteilung in rechts und links, wobei diese Aufteilung leider nicht konsequent inhaltlich substantiiert wird, sondern sich vielmehr an Gruppenzugehörigkeiten, Opportunismus und Taktik orientiert, während Sachfragen nur am Rande beziehungsweise an der Oberfläche betrachtet werden. Wer sich in einer Partei ein bisschen auskennt, der kann in einen Raum kommen und nach kurzer Umschau sagen, wie eine Frage der Tagesordnung letztlich entschieden werden wird.

Ich möchte an dieser Stelle einschieben, dass es eben jener Geist war, der maßgeblich zur Gründung des Kreises Liberaler Sozialdemokraten beigetragen hat. Es handelte sich um eine Reaktion auf jene verkorkste innerparteiliche Diskussionskultur. Statt resigniert auszutreten oder selbst zur Karteileiche zu werden, haben wir eine Art Diskussionsforum neben der Partei gegründet, bei dem es zunächst maßgeblich darum gehen sollte, Sachfragen rational und lösungsorientiert, das heißt auch weitgehend ohne Anknüpfung an konkrete Ordnungsvorstellungen zu diskutieren, um uns von diesem inhaltsleeren Rechts-Links-Dogma zu lösen.

Doch gerade die Bezeichnung des Kreises und die Möglichkeit, frei zu diskutieren haben bei mir – und ich denke bei vielen meiner Mitstreitern – vom ersten Tag an ein Nachdenken ob der inhaltlichen Substantiierung angeregt:

Was heißt das, ein *liberaler* Sozialdemokrat zu sein? Von dieser Frage gelangt man schnell zu der Frage, ob wir denn richtig lagen, mit unserem Ansatz, Diskussionen rein rational angehen zu wollen und damit wiederum zu eben genau der Frage, die heute Abend im Fokus steht: Brauchen wir – entgegen einem Trend der letzten Jahre – nicht doch fundierte politische Ordnungsvorstellungen?

Meine Antwort hat sich über die Jahre entwickelt und lautet ganz eindeutig: Ja!

Wobei ich bereits an dieser Stelle klarstellen möchte, dass ich mit Sicherheit nicht diese oberflächliche Rechts-Links-Einteilung meine, die ich aus meiner Partei gewohnt bin und von der mir Mitglieder anderer Parteien, meist unter Verwendung anderer Begrifflichkeiten – etwa „neo- und sozialliberal, Fundi und Realo“ – ebenfalls berichten.

C. Notwendigkeit politischer Ordnungsvorstellungen

Ich möchte stichpunktartig begründen, weshalb wir uns alle dringend mit unseren politischen Ordnungsvorstellungen auseinandersetzen müssen, anhand derer wir politisches Handeln messen wollen:

1. Nur auf Grundlage politischer Ordnungsvorstellungen lässt sich langfristige Politik machen, die auch über den nächsten Wahltermin hinausblickt. Erst, wer ein gesellschaftliches Ziel verfolgt, wird auch Entscheidungen treffen, die sich nicht unmittelbar auswirken.

2. Nur wenn sich Entscheidungen auf Ordnungsvorstellungen stützen, werden sie nachvollziehbar und vorhersehbar. Hierbei handelt es sich um die Grundlage von Glaubwürdigkeit, an welcher es innerhalb unseres politischen Systems zunehmend fehlt.
3. Nur auf Grundlage politischer Ordnungsvorstellungen lässt sich Politik auch gegen den Trend und aus Überzeugung machen, was wiederum Beliebigkeit und Geschacher um Positionen verhindert.

In den letzten Wochen jährte sich zum 80ten Mal die Rede des Sozialdemokraten Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis. Welch tiefer Überzeugung bedarf es, um angesichts des drohenden Todes für die Richtigkeit einer Sache zu streiten.

4. Politische Inhalte resultieren unmittelbar stets nur aus politischen Ordnungsvorstellungen. Alles, was sich nicht oder nur mittelbar an diese Überzeugungen rückkoppeln lässt, bedarf daher einer besonderen Begründung und kann allenfalls Mittel zum Zweck sein. Jedenfalls bieten Ordnungsvorstellungen sowohl dem Einzelnen als auch seinen Gegenübern eine Grundlage Entscheidungen zu kategorisieren und zu hinterfragen.
5. Schließlich lässt sich nur mit Hilfe politischer Ordnungsvorstellungen politisieren, das heißt ein größerer Teil der Bevölkerung zur politischen Entscheidungsfindung mobilisieren und hierdurch auch der Bedrohung durch Populismus vorbeugen.

Wer mithin Politik ohne eigene politische Ordnungsvorstellung betreibt, begibt sich in die Gefahr, in jeglicher Hinsicht beliebig zu werden und letztlich sich und andere zu entpolitisieren.

D. Ordnungsvorstellungen in der praktischen Politik – Trennung des Politischen vom Nicht-Politischen

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich der Frage widmen, wie sich politische Ordnungsvorstellungen mit der Praktikabilität von Politik vereinbaren lassen.

Der Wunsch nach steter Rückkoppelung politischer Entscheidungen an Ordnungsvorstellungen sieht sich nämlich schnell der Kritik ausgesetzt, die politische Entscheidungsfindung unangemessen zu

lähmen. Zum Vertrauen in unser politisches System gehört jedoch auch dessen Entscheidungsfähigkeit und -geschwindigkeit.

Bereits vorab möchte ich das offensichtlich Private, das heißt, all das, was unmittelbar keiner staatlichen Entscheidung zugänglich ist, aus der weiteren Betrachtung ausscheiden. Denn, auch wenn es sich in der Öffentlichkeit abspielen mag, ist der persönliche Umgang zwischen Sylvie und Rafael van der Vaart keiner staatlichen Entscheidung zugänglich und mithin nicht politisierbar.

In dem sodann verbleibenden Teil dessen, das angesichts seiner hoheitlichen Beeinflussbarkeit zumindest politisierbar ist, möchte ich in einem zweiten Schritt in Anlehnung an Ansätze der politischen Philosophie, die das Politische aus einer Differenz ableiten, zwischen dem aktuell Politischen und dem momentan Nicht-Politischen differenzieren.

Als Politisches soll mithin all das gekennzeichnet werden, was zu einem bestimmten Zeitpunkt Teil des öffentlichen Diskurses ist. Alles, was zum selben Zeitpunkt in Politik und Verwaltung stattfindet, jedoch nicht Teil jenes Diskurses ist, ist sodann nicht politisch. Die Bestimmung des Politischen erfolgt mithin nicht durch **einen** Akteur, sondern entwickelt sich aus dem Zusammenspiel **aller** gesellschaftlichen Akteure. Die Lösung politischer Fragen kann dabei niemals alternativlos oder unmöglich sein, da sich andernfalls eine Diskussion hierüber verböte. Sie ist allenfalls schwierig und umstritten, weil diese Lösungen zumeist unsere Gesellschaft prägen und deshalb eines starken Fundaments bedürfen.

Angesichts einer solchen Unterscheidung rückt der Umgang praktischer Politik einerseits mit dem Politischen und andererseits mit dem Nicht-Politischen in den Fokus und ich meine, dass der scheinbaren Unvereinbarkeit von Ordnungsvorstellungen und praktischer Politik eine in den letzten Jahren zunehmend fehlende Differenzierung zwischen diesem Politischem und dem Nicht-Politischem zu Grunde liegt.

1. Der Umgang mit dem Politischen

Ersteres, das Politische also, muss – meiner Ansicht nach – im Rahmen des Diskurses stets an politische Ordnungsvorstellungen rückgekoppelt werden oder rückkoppelbar sein. Auf diese Weise werden Positionen im Rahmen der Auseinandersetzung nachvollziehbar, vorhersehbar und unterscheidbar.

Wozu das Fehlen einer hinreichenden Verbindung des Politischen mit Ordnungsvorstellungen führen kann, zeigt sich für die SPD schmerzhaft anhand der Agenda 2010. Auch ich gehöre zu denjenigen,

welche dieses Maßnahmenpaket als im Kern richtig und notwendig erachten, aber sehe ein, dass es in der Außendarstellung an einer stärkeren Rückkoppelung an die sozialdemokratische Ordnungsvorstellung gefehlt hat, um den Bürgern aufzuzeigen, dass es eben nicht gerecht ist, Menschen als Vorgänge zwischen der kommunalen und der Bundesebene hin und herzuschieben, je nachdem, ob sie nun Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe erhalten sollen und dass es keine Grundlage für Verbesserungen ist, große Teile der Arbeitslosen aus Statistiken rauszurechnen.

Vor diesem Hintergrund der notwendigen Verbindung des Politischen mit Ordnungsvorstellungen, ist sodann aber völlig unangebracht, der mittlerweile häufig zu beobachtende Versuch praktischer Politik, Politisches zu entpolitisieren, indem es als einfache Verwaltungsfrage behandelt wird. Lösungen werden als alternativlos präsentiert statt für ihre Richtigkeit zu streiten.

Das Ganze wird gepaart mit einer Aufspaltung ganzer Politikfelder in viele kleine, scheinbar unzusammenhängende Einzelfragen, die dazu führt, dass eine einheitliche politische Gesamtkonzeption nicht mehr erkannt werden kann. Auf diese Weise verringert sich einerseits scheinbar die Tragweite von Entscheidungen und andererseits lassen sich eine Vielzahl von Entscheidungen treffen, deren Widersprüchlichkeit nicht relevant wird.

Eine Fokussierung auf das Politische und dessen Rückkoppelung an die eigenen Ordnungsvorstellungen würde Parteien hingegen zwingen, ihre Ordnungsvorstellungen weiterzuentwickeln und kritisch zu hinterfragen, um letztlich schlüssige Gesamtkonzepte praktischer Politik präsentieren zu können.

Der erste Entwurf dieses Vortrags enthielt an dieser Stelle einen längeren Abschnitt über die Notwendigkeit, die Europäische Union zu politisieren mitsamt einiger Vorschläge, wie dies erreicht werden könne. Es handelt sich bei der Europäischen Union um ein im Kern politisches Gebilde, das massiv darunter leidet entpolitisiert zu sein und deshalb den Bezug zu den Bürgern verloren hat.

Jedenfalls kann die Europäische Union nicht ausschließlich auf ökonomischen Erwägungen aufgebaut werden. Dafür, dass die europäische Idee mehr umfasst, spricht für mich beispielhaft bereits der Umstand, dass alle, die ich darauf anspreche, erklären, dass es für sie erheblich schwieriger zu ertragen sei, ein Land wie Ungarn in der EU zu wissen, das rechtsstaatliche Standards momentan mit Füßen tritt als etwa Griechenland, das in finanziellen Nöten steckt.

Aus Zeitgründen möchte ich es hinsichtlich der Europäischen Union dabei belassen; hoffe aber, dass jeder im Raum eine Vorstellung davon hat, was ich meine.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, dass das Politische von Seiten der praktischen Politik mithin konsequent mit Ordnungsvorstellungen in Verbindung gesetzt werden muss, die wiederum fortentwickelt und als Grundlage für politische Gesamtkonzepte präsentiert werden müssen.

2. Der Umgang mit dem Nicht-Politischen

Auf der anderen Seite steht nun die Frage, wie politische Akteure mit dem Nicht-Politischen umgehen. Gerade Parteien, denen die Teilnahme am politischen Diskurs immanent innewohnt, können selbstverständlich Themen auf die Agenda heben und dadurch zum Politischen werden lassen. Angesichts des eben Gesagten, sollten sie das auch immer dann tun, wenn sich eine Notwendigkeit dazu aus ihrer jeweiligen Ordnungsvorstellung ergibt.

Stattdessen aber beobachten wir in der praktischen Politik eine stete Politisierung von Banalitäten geleitet von taktischen Erwägungen – insbesondere dem Wunsch den politischen Gegner zu schwächen. Die Folge sind nach außen hin ideologisch geladene Debatten, denen eigentlich keine ideologischen Überzeugungen zu Grunde liegen, weshalb die Debatten ebenso schnell und ergebnislos wieder untergehen oder aber das zu Grunde liegende Problem nach kurzem Aufkeimen im politischen Konsens gelöst wird.

Bei einem Großteil der Fragen, die im laufenden Politikbetrieb auftreten, handelt es sich um derartige nicht-politische Fragen, die daher wohl besser als Aufgaben bezeichnet werden können. Aufgaben müssen schlicht gelöst werden. Im Bereich dieser Aufgaben dürften tatsächlich häufig Alternativlosigkeiten sowie weitgehende Übereinstimmungen zwischen allen Parteien bestehen. Ich traue allen im Bundestag vertretenen Parteien zu, diese Aufgaben rational zu bewältigen.

3. Zwischenfazit

Insgesamt ergibt sich also folgendes Bild:

Wird das Nicht-Politische – wie in den vergangenen Jahren – aus taktischen Erwägungen bewusst zum Politischen gemacht und das Politische zugleich entpolitisiert und als einfache Aufgabe behandelt, kommt es zur scheinbaren Alternativlosigkeit in vielen bedeutenden politischen Fragen, zur

scheinbaren Auswechselbarkeit aller Parteien sowie zur scheinbaren Willkür bei der Entscheidungsfindung!

Ich denke mithin, dass eine Versöhnung politischer Ordnungsvorstellungen mit der Funktionsfähigkeit praktischer Politik dann möglich ist, wenn eine klare Abgrenzung von politischen und nicht-politischen Fragen stattfindet und ausschließlich erstere von den Parteien stets unmittelbar und konsequent an politische Ordnungsvorstellungen rückgekoppelt werden, während sie die nicht-politischen Fragen nur auf die Agenda bringen, wenn eine solche Rückkoppelung möglich und aus ihrer Sicht nötig ist.

Der dann reduzierte Fokus auf das Politische bietet die Möglichkeit intensiver inhaltlicher Diskussion der Parteien untereinander sowie mit der Bevölkerung. Diskussionen in der Tiefe und nicht in der Breite werden möglich. Die Ausblendung des Nicht-Politischen verhindert einen Rückfall in den Kampf um technokratische, kleinteilige Probleme, die eigentlich nur einer rationalen und verwaltungsrechtlich sauberen Lösung bedürfen.

Übrigens gibt es in der deutschen Politik ein prominentes Beispiel für eine solche Herangehensweise: Die Grünen schaffen es bereits seit vielen Jahren erfolgreich, wenige Kernthemen als ihre politische Agenda zu propagieren und sich für den Rest vorzubehalten rational nachvollziehbare Entscheidungen zu treffen, ohne diese zuvor als Dogma zu propagieren. Sie bleiben damit einerseits handlungsfähig, glaubwürdig und verfügen andererseits zugleich über politische Alleinstellungsmerkmale. Wozu es hingegen führt, wenn Politik ganz ohne zumindest ansatzweise geklärte Ordnungsvorstellungen betrieben wird, haben die Piraten in den letzten Monaten erschreckend vorgelebt.

Abschließend sei zu diesem Teil noch angemerkt, dass es zur konsequenten Umsetzung einer derartigen Differenzierung in der praktischen Politik eines Umdenkens nicht nur bei Politikern, sondern auch bei Journalisten und der Öffentlichkeit bedürfte, die sich derzeit an der Politisierung des Nicht-Politischen laben.

E. Warum sozialliberal?

Ich komme nunmehr zu der Frage, warum ich eine sozialliberale Politik für richtig halte?

Bevor ich diese Frage beantworte, muss ich darauf hinweisen, dass ich hier selbstverständlich nur meine persönliche Ansicht kundtun kann. Wie viele andere, bin aber auch ich der Ansicht, dass es sich bei der Ausbildung eigener politischer Ordnungsvorstellungen – wenn man es richtig macht –

ohnehin um einen dauerhaften, niemals abgeschlossenen und teils sehr verworrenen Prozess handelt. Erneut bitte ich daher alle Politikwissenschaftler im Raum mir zu verzeihen, wenn sie meine Ausführungen im Laufe der Zeit als intellektuelle Beleidigung ihrer Zunft empfinden mögen.

Um mich der Antwort zu nähern, nutze ich zunächst einen Trick aus der Juristerei: Wenn etwas nur schwer positiv definiert werden kann, beginnt man mit einer Negativdefinition.

1. Konservatismus

Ich möchte daher zu Beginn kurz festhalten, warum ich nicht konservativ bin.

Einen Strukturkonservatismus, der das Bild einer wohlgeordneten Gesellschaft propagiert, in welcher jeder seinen ordnungsgemäßen Platz hat, dürfte vor dem Hintergrund einer aufgeklärten Gesellschaft heute wohl kaum mehr jemand als geeignet empfinden, Antworten auf unser gesellschaftliches Zusammenleben zu bieten. Im Übrigen liegt es mir fern, die Funktionsfähigkeit eines Systems, etwa unseres Staates, als Selbstzweck zu akzeptieren. Der Staat kann aus meiner Sicht stets nur Mittel zum Zweck der Erreichung gesamtgesellschaftlicher Ziele, aber niemals das Ziel selbst sein.

Anders stellt sich die Situation vor dem Hintergrund eines Wertkonservatismus dar, welcher zwar gesellschaftliche Reformen akzeptiert, diese aber stets unter den Vorbehalt einer Eingliederung in das für erhaltenswert gekennzeichnete Wertesystem stellt.

Selbstverständlich erachte auch ich einige Werte als erhaltenswert. Allerdings empfinde ich unsere gesellschaftliche Realität nicht so, dass wir aus dem Blickwinkel des Individuums einen Status erreicht hätten, der es erlauben würde, uns damit zu begnügen, diesen – unter Vornahme nur punktueller Veränderungen – beizubehalten. Im Übrigen ist ein wertkonservativer Ansatz, der im Kern auf Identität gerichtet ist, meiner Ansicht nach ungeeignet, Antworten in drängenden gesellschaftlichen Fragen, wie etwa denen ungleicher Bildungschancen je nach sozialem Hintergrund oder aber ungleicher Bezahlung von Männern und Frauen zu formulieren.

Nicht zuletzt fehlt es im Rahmen des deutschen Konservatismus an einer Übereinkunft, um welche Werte es sich denn handeln mag, die als erhaltenswert eingestuft werden. Innerhalb der Unionsparteien wird das Konservative etwa nicht weiter konkretisiert, obwohl etwa mit dem Katholizismus, dem Protestantismus oder auch dem Nationalkonservatismus viele verschiedene potentielle Hintergründe existieren. Zuletzt stehe ich ganz persönlich keinem dieser drei

Hintergründe nahe und sehe insbesondere den konkreten Umgang konservativer Politik mit dem Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit außerordentlich kritisch.

2. Sozialismus

Als Sozialdemokrat liegt angesichts der eigenen Parteihistorie sodann natürlich die Frage nahe, warum ich mich nicht als Sozialist bezeichnen würde.

Ohne tiefere Auseinandersetzung kann ich der weiteren Begutachtung eines revolutionären Sozialismus entsagen, der darauf gerichtet ist, die gesellschaftlichen Kapitalverhältnisse mittels Umsturzes zu verändern. Vom Reformsozialismus indes, der das Ziel materieller Gleichheit und die letztlich klassenlose Gesellschaft mittels Reform innerhalb unseres Systems verfolgt, möchte ich meine politische Ordnungsvorstellung gerne abgrenzen.

Es gibt aus meiner Sicht einige Aspekte, welche – trotz unklarer Definition – relativ einmütig mit dem Sozialismus im Zusammenhang stehen und die ich für falsch erachte.

Zunächst einmal habe ich ein sehr gespaltenes Verhältnis zur Gleichheit. Ich bin froh darüber, in einer Gesellschaft von Individualisten – Achtung: ich meine nicht Egoisten – zu leben. Ich bin der Überzeugung, dass es dieser Gesellschaft nutzt, wenn jeder Einzelne sich weitestmöglich ausleben kann. Ich freue mich daher sehr, dass meine Partei nicht die Trias der französischen Revolution „Freiheit – **Gleichheit** – Brüderlichkeit“ sondern die Trias „Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität“ hochhält. Ich persönlich wünsche keine Gleichheit im Ergebnis als Folge von Umverteilung, sondern eine Gleichheit im Ausgangspunkt und in den Folgen selbstverantwortlichen Tuns. Das würde ich als gerecht bezeichnen. Ich wünsche auch keine Gleichheit durch Nivellierung materieller Unterschiede, sondern Solidarität in der Absicherung von Lebensrisiken.

Im Übrigen möchte ich weder die parlamentarische Demokratie – auch nicht durch Reformen – überwinden, noch widerstrebt mir die Idee des Privateigentums und auch am Sozialismus stört mich die Proklamierung der Form gesellschaftlichen Zusammenlebens als Selbstzweck, hinter dem der Einzelne zurücktreten muss.

Zuletzt dürften meine Ausführungen zum Politischen und Nicht-Politischen sowie meine Feststellung, dass es eine richtige, abschließend durchdeklinierte Ordnungsvorstellung nicht geben kann, jeden Sozialisten erschauern lassen. Trägt den Sozialismus doch maßgeblich die Idee, dass schlichtweg alles, auch das Private, politisch sei und anfallende Fragen stets dogmatisch – im Übrigen zumeist reduziert auf Ökonomisches – beantwortet werden können. Wozu dieser Dogmatismus und die

Politisierung aller Fragen allerdings führen, lässt sich beispielhaft an kommunistischen Staaten erkennen, deren Verwaltung unter der Last des Politischen völlig unflexibel geworden und ins Stocken geraten ist.

Gestatten sie mir vor diesem Hintergrund einige Bemerkungen zum demokratischen Sozialismus, wie er im Parteiprogramm der SPD seit Jahren umhergeistert. Schon sozialdemokratische Theoretiker des 19. Jahrhunderts, etwa Karl Kautsky und Eduard Bernstein, haben diesen als Utopie gekennzeichnet und den Weg zum Ziel als Ziel selbst ausgegeben. Das Godesberger Programm wiederum hat den demokratischen Sozialismus gleich ganz materialisiert, indem es ihn „als Aufgabe“ bezeichnet hat, „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch Demokratisierung der Gesellschaft [sowie] durch soziale und wirtschaftliche Reformen zu verwirklichen“. Es war Olaf Scholz, der zu seiner Zeit als Generalsekretär zu Recht darauf hingewiesen hat, dass es aus Sicht der SPD „keinen Zustand mit diesem Namen“ gibt, „der auf unsere marktwirtschaftlich geprägte Demokratie folgen wird“ und wir deshalb „nicht solche Illusionen erzeugen“ sollten. Ich teile diese Ansicht, weil ich etwaige Ordnungsvorstellungen, die sich nicht in praktische Politik und Entscheidungshilfen rückkoppeln lassen schlicht als unnötig empfinde.

3. Liberalismus

Ich nähere mich nunmehr langsam einer positiven Definition des Sozialliberalismus und möchte damit beginnen, den Begriff des Liberalismus zu präzisieren.

Zunächst teile ich dessen Grundprinzipien, namentlich

- das Recht auf Selbstbestimmung des Einzelnen auf Basis seiner Vernunft,
- die Freiheit gegenüber dem Staat und die Beschränkung staatlicher Macht durch die Freiheit des Individuums, die erst dort endet, wo die Freiheit des anderen beeinträchtigt wird
- sowie die grundsätzliche Selbstregulierung ökonomischer Prozesse auf der Grundlage privaten Eigentums.

Den von mir favorisierten Liberalismus-Begriff möchte ich sodann ausdrücklich abgrenzen, von demjenigen der Jahrhundertwende, der maßgeblich geprägt war durch Anti-Etatismus, Deregulation und Steuersenkungsprogrammatik. Heute setzt sich glücklicherweise immer mehr die Erkenntnis durch, dass es eine umfassende automatische Marktregulierung mittels der berühmten unsichtbaren Hand sowie einen tickle-down-Effekt nicht gibt.

Durch die Krise der letzten Jahre rückt vielmehr der Ordoliberalismus, früher teils auch als Neoliberalismus bezeichnet, in den Fokus. Ganz im Sinne der Freiburger Thesen der FDP handelt es sich hier um einen Liberalismus, der den Einzelnen nicht mehr zum Gegner des Staates macht, sondern die Betonung zwar auf das Individuum legt, jenes aber als Teil der Gesellschaft sieht innerhalb derer es seine Freiheit findet. Dabei nimmt der Staat eine gestaltende Rolle ein, indem er sowohl Freiheit des Einzelnen als auch soziale Sicherheit garantiert.

Es geht mithin maßgeblich darum, dass der Staat die Freiheitsbetätigung des Individuums ermöglicht und sich deshalb gegebenenfalls auch einer Vermachtung der Ökonomie entgegenstellt, welche die Grenze der Freiheit des Einen durch die Freiheit des Anderen nicht im Blick haben kann. Sozialliberale Vordenker sind hier in der Vergangenheit teils noch einen Schritt weiter gegangen und so hat Walter Eucken festgestellt: „Es sind also nicht die sogenannten Missbräuche wirtschaftlicher Macht zu bekämpfen, sondern wirtschaftliche Macht selbst.“

Auch wenn ich soweit nicht folgen möchte, erscheint jedenfalls der Staat als einzige Institution, in welcher sich **alle** mit gleichen Rechten ausgestattet zusammenschließen und sodann die **gesamte** Gesellschaft im Blick haben. Er ist als neutrale Instanz auch deshalb von besonderer Bedeutung für einen gemäßigten Liberalismus, weil er für den Moment der Entscheidungsfindung materielle Unterschiede zwischen den Beteiligten – die sonst akzeptiert werden – nivellieren kann, sodass nicht derjenige mit dem größten Wohlstand bestimmt, wohin sich die Gesellschaft entwickelt.

Nur ein solcher Liberalismus ermöglicht Eingriffe bei Marktversagen, etwa zum Schutz unserer Umwelt. Nur vor diesem Hintergrund finden sich auch im Kern wettbewerblichen Handelns, etwa bei dem Verbot von Kartellen, der Beschränkung unlauterer Wettbewerbspraktiken oder dem Schutz von Patenten, anerkannte Beschränkungen eines völlig freien, losgelösten Wettbewerbs, gerade mit dem Ziel, denjenigen Wettbewerb zu schaffen beziehungsweise zu schützen, den wir wünschen.

4. Sozialliberalismus

Was ist darauf aufbauend nun sozialliberal?

Sozialliberalismus wird zumindest in den Augen und Ohren meiner Generation als Ding der Unmöglichkeit empfunden. Dr. Norbert Seitz hat in einem hervorragenden Essay in der Berliner Republik Ausgabe 3/2012 etwa festgehalten, es scheine „kaum übertrieben, von einem neurotischen Verhältnis der SPD zu Fragen der Liberalität zu sprechen.“

Allerdings ist dieser scheinbar unüberwindliche Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie eine eher neuartige Empfindung und existiert maßgeblich erst seit der durch Heiner Geißler propagierten Lagertheorie, wonach der Liberalismus das Pendant des Konservatismus sei.

Bei genauerer Betrachtung hingegen haben die Sozialdemokratie und der Liberalismus viele grundlegende Gemeinsamkeiten. Beide Ideologien entspringen den Ideen der Aufklärung und haben zum Ziel, aktiv und vorausschauend an gesellschaftlichen Entwicklungen teilzuhaben, solche gegebenenfalls auch anzustoßen. Es geht beiden darum, fortschrittsbezogene und gestaltende Politik zu machen. In der konkreten politischen Ausgestaltung mag es zwar durchaus so sein, dass es in einigen politischen Fragen, insbesondere der Wirtschafts- und Finanzpolitik, momentan erhebliche Differenzen gibt, doch bestehen daneben etwa in der Familien-, der Außen-, der Innen- und in weiten Teilen auch der Bildungspolitik entscheidende Übereinstimmungen.

Die Grundlagen für die Ausbildung einer sozialliberalen Idee sind mithin heute noch ebenso aktuell wie vor 50, 100 oder 150 Jahren.

Was kann nun also die Sozialdemokratie vom Liberalismus lernen?

Zunächst muss die sozialdemokratische Idee – wie alle Ideologien auch – vor dem Hintergrund der aktuellen Krise weiter gedacht werden. Nur weil die Finanzkrise gezeigt hat, dass Deregulierung und Vermachtung der Ökonomie keine staatstragenden Konzepte sind, ergibt sich hieraus nicht automatisch, die Eignung alter sozialistischer Konzepte. Die ersten Monate der Präsidentschaft Hollandes zeigen deutlich, dass eine Rückkehr zu alten staatsgläubigen Antworten für sich kein zukunftsfähiges Konzept darstellt, weshalb die deutsche Sozialdemokratie vorsichtig sein sollte so zu tun, als würde mit einer Rückkehr in Vor-Schröder-Zeiten alles wieder gut. Erst ein Überdenken des Wachstums-, Leistungs- und Fortschrittsbegriff vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit und Teilhabe sind die Grundlage einer modernen Sozialdemokratie und das Tor zum Sozialliberalismus.

Weiterhin bedarf es einer grundlegenden Debatte über das sozialdemokratische Freiheitsverständnis. Fristete dieses bis in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts noch ein populäres und vor allen Dingen eigenständiges Dasein, ist es heute vollends in den Hintergrund gerückt und von der Debatte um das sozialdemokratische Gerechtigkeitsverständnis überlagert worden. Frei ist aber nicht automatisch jeder, der in einer solidarischen und gerechten Gesellschaft lebt.

Ganz konkret muss etwa die Frage der Freiheits- und Bürgerrechte in der Sozialdemokratie wieder eine prominente Stellung einnehmen. Viel zu häufig hat sich die deutsche Sozialdemokratie in diesem Bereich in den letzten Jahren jedoch von Populismus und Taktik leiten lassen.

Meiner Ansicht nach, fehlt innerhalb der staatsgläubigen Sozialdemokratie zudem an einer kritische Stimme, welche immer wieder hinterfragt, ob es denn wirklich der Staat sein muss, der bestimmte Angelegenheiten regelt. Die Sozialdemokratie entfernt sich immer mehr vom Menschenbild des mündigen Bürgers und nähert sich der eigentlich konservativen Ideologie des paternalistischen Staates. Eine Renaissance der Regulierung gesellschaftlichen Zusammenlebens bei gleichzeitiger Deregulierung ökonomischer Prozesse ist vielerorts noch immer zu beobachten. In Fragen des Verbraucherschutzes etwa müsste meiner Ansicht nach, statt einer bevormundenden Regulierung zu Gunsten des Verbrauchers dringend auf Transparenz und Eigenverantwortung gesetzt werden. Und selbst in Fällen, in denen der Markt versagt, etwa im Bereich des Umweltschutzes, lehrt der Liberalismus, dass es nicht immer ein unmittelbares staatliches Handeln sein muss, das dieses Manko ausgleicht, sondern auch marktkonforme Instrumente, eine Lösung versprechen können, wobei in diesem Bereich mit dem Emissionsrecht handel zugegebenermaßen auch abschreckende Beispiele existieren.

Aber auch andersherum, in einer Beeinflussung des Liberalismus durch die Sozialdemokratie, lässt sich ein Austausch fruchtbar machen.

Insbesondere die Frage von Verantwortung, ist eine, die dem modernen Liberalismus scheinbar immer wieder von der Sozialdemokratie nähergebracht werden muss. Spannenderweise eine Notwendigkeit, die auch mein konservativer Vorredner aus dem Januar hinsichtlich der Zusammenspiels von Liberalismus und Konservatismus betont hat. Es geht an dieser Stelle um zwei Arten von Verantwortung.

Zunächst in der Form kollektiver Verantwortung für die Lebensrisiken von Einzelnen, das heißt als Verantwortung durch Solidarität. Die Gewährung von Freiheit bedeutet zugleich stets Unsicherheit für den Einzelnen. Da von der freiheitlichen Gesellschaft jedoch alle profitieren, ist es im Gegenzug notwendig, dass auch alle diejenigen unterstützen, den die Risiken dieser Freiheit unverschuldet getroffen haben. Die Notwendigkeit eines Sozialstaates ergibt sich mithin nicht nur aus ökonomischem Kalkül, sondern ist auch Kehrseite der Freiheitsmedaille.

Die Betonung des Schutzes gerade vor **unverantworteten** Risiken ist deshalb von besonderer Bedeutung, als dass die Verfechter des Liberalismus heutzutage häufig vergessen, was das andere Gegenstück individueller Freiheit ist: Eigenverantwortung! Ich bin der Überzeugung, dass wir in unserer Gesellschaft die Verantwortung des Einzelnen für seine Entscheidungen dringend wieder stärker betonen müssen. Wer als mündiger Bürger Entscheidungen trifft, muss mit den daraus resultierenden Konsequenzen leben; das gilt im Kern für Verbraucher ebenso wie für Bankvorstände.

Eine offensichtliche Fehlinterpretation des Liberalismus ist es hingegen, wenn heutzutage auch die in freier Verantwortung getroffenen Entscheidungen des Einzelnen vollumfänglich von allen getragen werden müssen und mithin eine Trennung von Entscheidung und Haftung erfolgt.

Es freut mich daher zu lesen, wenn Christian Lindner und Hans-Dietrich Genscher kürzlich in einem Interview im Handelsblatt einen Verantwortungskapitalismus beziehungsweise eine Verantwortungswirtschaft postulieren, bei welcher Handeln und Haften verbunden sind und Entscheidungen nicht nur aufgrund kurzfristigen Gewinns getroffen werden sollen.

Nach der sozialliberalen Idee schafft der Staat also einerseits die Voraussetzungen dafür, dass der Einzelne sich selbstverantwortlich entfalten kann, verpflichtet ihn als mündigen Bürger aber zugleich, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Der Staat ist Zusammenschluss der Bürger und nicht ihr Gegner. Dem Sozialliberalismus liegt mithin das Bild eines wachen, aufmerksamen und aktiven Bürgers zu Grunde, der sich solidarisch in die Gesellschaft einbringen will. Um diesem Aspekt gerecht zu werden, bedarf es an allen Stellen politischen Handelns und Entscheidens einer aufmerksamen Öffentlichkeit und einer verstärkten Möglichkeit der Partizipation.

Aufgabe eines Sozialliberalismus muss es daher sein, die liberalen Ideen des Individualismus und der Eigenverantwortung mit den sozialdemokratischen Ideen der Gerechtigkeit und Solidarität in eine neue Balance zu bringen und hieraus konkrete politische Ansätze zu entwickeln. Die Förderung des Genossenschaftswesens, als solidarische aber freiwillige Gemeinschaft Einzelner, die sich gegen die Vermachtung des Marktes stellen ist ebenso Ausdruck eines solchen Zusammendenkens wie die Feststellung, dass erst der Wohlstand auch der Ärmsten deren individuelle Unabhängigkeit sichert und damit letztlich gesamtgesellschaftlich bedeutsam ist.

Um weitere konkrete sozialliberale Ideen entwickeln und konkretisieren zu können, bedarf es eines intensiven Diskurses, in dessen Mittelpunkt meiner Ansicht nach zunächst die Fragen eines gemeinsamen Fortschritts-, Wachstums- und Leistungsbegriffs stehen müssen. Gelingt es auf diesem Weg, ein positives sozialliberales Verständnis dieser Begriffe zu kreieren, das weit über eine rein ökonomisches hinausgeht und etwa den Wert von Arbeit auch an Faktoren wie Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Relevanz misst, ist das Tor geöffnet, für eine umfassende gemeinsame sozialliberale Position, in der sich auch die Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik widerfinden können.

F. Abschließende Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich mithin zunächst festhalten, dass politischen Ordnungsvorstellungen weder in der Außendarstellung noch innerhalb politischer Parteien ein angemessener Stellenwert beikommt.

Weiter, dass alle politischen Akteure stets versuchen müssen, sich ihrer politischen Ordnungsvorstellung bewusst zu sein, um Beliebigkeit und Entpolitisierung zu vermeiden.

Sodann, dass sich eine Vereinbarkeit dieses Erfordernisses mit Notwendigkeiten praktischer Politik mittels einer konsequenten Trennung des Politischen vom Nicht-Politischen erreichen lässt, wobei Ersteres stets konsequent an die eigene Ordnungsvorstellung rückkoppelbar sein muss, während Letzteres nicht überhöht werden darf.

Und zuletzt bleibt festzuhalten, dass es bereits heute eine Grundlage für einen Sozialliberalismus gibt, die durch einen zielgerichteten Diskurs erheblich erweitert werden könnte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!